



Bad Schwalbach, den 29.01.2020

Niederschrift

| | |
|----------------|--|
| Gremium | Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung |
| Sitzungsnummer | 24/X. Wahlperiode |
| Datum | Dienstag, 28. Januar 2020 |
| Sitzungsbeginn | 16:00 Uhr |
| Sitzungsende | 18:30 Uhr |
| Ort | KA-Sitzungszimmer |

Teilnehmer:

Vorsitzender

| | |
|-------------------|--|
| Herr Paul Weimann | |
|-------------------|--|

Stellv. Vorsitzende

| | |
|----------------------|--|
| Herr Roland Hoffmann | |
|----------------------|--|

Landrat

| | |
|-------------------|-----------------------|
| Herr Frank Kilian | (bis einschl. TOP 10) |
|-------------------|-----------------------|

Mitglied

| | |
|--------------------------|--|
| Herr Klaus-Peter Güttler | |
|--------------------------|--|

| | |
|--------------------|----------------------|
| Herr Günter Heckel | (bis einschl. TOP 9) |
|--------------------|----------------------|

| | |
|------------------------|--|
| Herr Christian Kessner | |
|------------------------|--|

| | |
|------------------------|--|
| Herr Lothar Metternich | |
|------------------------|--|

| | |
|--------------------|----------------------|
| Herr Volker Mosler | (bis einschl. TOP 9) |
|--------------------|----------------------|

| | |
|------------------|--|
| Frau Inga Rossow | |
|------------------|--|

| | |
|--------------------------|--|
| Herr Harald Schmelzeisen | |
|--------------------------|--|

| | |
|-----------------------|--|
| Herr Thomas Wieczorek | |
|-----------------------|--|

| | |
|-------------------|--|
| Herr Klaus Stolpp | |
|-------------------|--|

Dezernent

| | |
|-----------------------|--|
| Herr Günter F. Döring | |
|-----------------------|--|

| | |
|-----------------|--|
| Herr Karl Ottes | |
|-----------------|--|

| | |
|----------------------------|--|
| Herr Hans-Joachim Pirschle | |
|----------------------------|--|

Fraktionsvorsitzender

| | |
|--------------------|--|
| Herr Benno Pörtner | |
|--------------------|--|

Verwaltung

| | |
|---------------------------|--|
| Herr Kurt-Michael Schardt | |
| Herr Joachim Dreier | |
| Herr Heil | |

Schriftführerin

| | |
|-------------------|--|
| Frau Yvonne Grein | |
|-------------------|--|

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter des Kreisausschusses und der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende Weimann schlägt vor, im Anschluss an den TOP 1 zunächst den TOP 10 Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs aus § 22 Abs. 4, Satz 1 Verpackungsgesetz, danach die TOP 8 und 9 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt, Grundsatzbeschluss und Sachstandsbericht Neubauplanungen im Bereich „Ober der Hardt“ sowie dann die verbleibenden Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge zu behandeln, die in der Einladung angegeben ist.

Dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Weimann stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 26.11.2019

Abg. Metternich bittet KB Pirschle, ihm die Ergebnisse der im Protokoll unter TOP 5 zugesagten Prüfungen zur Verfügung zu stellen.

Der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 26. November 2019 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/1160 Nutzung von Elektro-Automobilen durch den RTK; Stellungnahme zum Berichts Antrag 19/19 der SPD-Fraktion vom 20.09.2019

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS X/1176 Neue Mobilitätsangebote im ÖPNV des Rheingau-Taunus-Kreises, Berichts Antrag Nr. 27/19 der SPD-Fraktion; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Güttler bittet KB Döring, die Stellungnahme der Verwaltung fortzuschreiben. KB Döring sagt die Fortschreibung zu.

Abg. Stolpp regt an, dass die zu entwickelnde App für die On-Demand-Verkehre nicht das Eröffnen eines Google-Nutzerkontos erfordert.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird sodann zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS X/1184 Fährbetrieb sicherstellen, Machbarkeitsstudie umsetzen, Antrag der AfD-Fraktion 07/19

Abg. Kessner bittet die Verwaltung darum, darauf hinzuwirken, dass die rechtliche Prüfung beschleunigt wird.

Die Mitteilungsvorlage wird sodann einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1201 Wohnungen für Menschen mit Demenz; hier: Berichts Antrag Nr. 02/20 der LINKE-Fraktion vom 07.01.2020, eingegangen am 08.01.2020

Dem Berichts Antrag wird mit der Bitte von Abg. Rossow, bei der Beantwortung Angaben über alle Angebote verschiedener Träger oder Privater zu machen, einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, ob es im Kreis - außerhalb von Alten- und Pflegeeinrichtungen - Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Demenz gibt, in denen sie sich die notwendige Unterstützung ambulant zu buchen können. Sollte es solche Wohnformen nicht geben, möge der KA berichten, ob es Initiativen gibt solche zu schaffen z.B. von der KWB.

TOP 6. DS X/1202 Lebensmittelkontrollen in Betrieben; hier: Berichts Antrag Nr. 03/20 der LINKE-Fraktion vom 07.01.2020, eingegangen am 08.01.2020

Dem Berichts Antrag wird ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie viele der vorgeschriebenen Lebensmittelkontrollen in Betrieben im Kreis in den Jahren 2018 und 2019 nicht durchgeführt wurden und warum dies der Fall war. Ebenso soll berichtet werden, was der KA unternommen hat und unternimmt diesen Missstand zu beseitigen.

TOP 7. DS X/1191 Jobticket; hier: Antrag Nr. 43/19 der CDU-Fraktion vom 19.12.2019, eingegangen am 23.12.2019

Zur DS X/1203 hat die CDU-Fraktion zwei Anträge gestellt. Ein Antrag wurde am 27. Januar 2020 gestellt. Er beinhaltet Fragen u.a. zur Anrechnung des Jobtickets auf die Pendlerpauerschale. Dieser Antrag ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Der zweite Antrag wurde am 19. Dezember 2019 formuliert und ist unter TOP 11 aufgeführt. Er zielt darauf ab, zu untersuchen, ob auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden vom Jobticket profitieren könnten. Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein, die TOP 7 und 11 gemeinsam zu behandeln.

Abg. Metternich erläutert die Anträge. Er bittet um Umformulierung des Antrags vom 27. Januar 2020. An die Stelle der Formulierung „Der Kreistag möge beschließen“ soll die Formulierung „Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen und zu berichten“ treten. Der Abg, Metternich bittet darüber hinaus darum, die Beschlussfassung über die Aufhebung des Sperrvermerks für das Jobticket zurückzustellen, bis die im Antrag gestellten Fragen beantwortet sind.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Metternich, Hoffmann, Stolpp, Rossow, Pörtner, Wiczorek, Landrat Kilian und KB Döring. Für die Abg. Metternich, Hoffmann und Pörtner wäre es von Interesse, wie viele Kreisbedienstete das Jobticket nutzen würden, denn dann könnten die Gesamtkosten in Relation zum Nutzerkreis gesetzt werden.

Landrat Kilian wird gebeten, die Fragen aus dem CDU-Antrag vom 27. Januar 2020, die kurzfristig zu beantworten sind, bis zur Sitzung des HFA am 31. Januar 2020 zu beantworten.

Die Ausschussmitglieder legen gemeinsam folgende Vorgehensweise fest. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 27. Januar 2020 sowie die DS X/1203 werden zur Beschlussfassung in den HFA verwiesen.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

Über den Antrag der CDU-Fraktion vom 19. Dezember 2019 (TOP 11) wird abgestimmt. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Antrag einstimmig zu, bei zwei Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, in wieweit sich die Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises an das Jobticket des Kreises anschließen könnten und zu welchen Konditionen dies für die einzelnen Städte und Gemeinden möglich wäre.

TOP 8. DS X/1014 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Die TOP 8 und 9 werden gemeinsam behandelt. Zu TOP 8 wurde von der SPD-Fraktion am 24. Januar 2020 ein Antrag gestellt, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Zusätzlich wird ein Sachstandsbericht der Verwaltung ausgegeben, der den Ausschussmitgliedern zuvor digital zugegangen ist (**Anlage 3**).

Landrat Kilian, Herr Schardt und Herr Dreier geben Auskunft zum Neubauvorhaben.

Der Abg. Schmelzeisen erläutert den Antrag. Hauptgrund für den Vorschlag, nur das Modul 1 zu realisieren, ist die angespannte Finanzsituation des Kreises.

Abg. Metternich begrüßt den Antrag der SPD-Fraktion, aus den bisher vorliegenden Unterlagen der Verwaltung ist aber für ihn nicht vollständig ersichtlich, ob der Bedarf für 30 zusätzliche Büroarbeitsplätze besteht. Er bittet um Ergänzung des Antrags um die Prüfung der Notwendigkeit der Büroarbeitsplätze.

Diesen Vorschlag greift Abg. Schmelzeisen auf und ergänzt den Antrag in Punkt 1, erster Spiegelstrich um folgende Formulierung: „wobei die Notwendigkeit der zusätzlichen Arbeitsplätze begleitend zur Machbarkeitsstudie zu untersuchen ist.“ Zudem ergänzt Abg. Schmelzeisen Punkt 2 um folgende Formulierung: „sofern eine Realisierung auf dem Kreishausgelände nicht möglich ist.“

Bei der Prüfung der Zahl der erforderlichen Stellplätze bitten die Abg. Pörtner und Hoffmann um Berücksichtigung der Effekte, die durch die Nutzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen und die Einführung des Jobtickets entstehen könnten.

Alle Ausschussmitglieder sowie Landrat Kilian stimmen darin überein, dass ein Sitzungssaal für den Kreistag nicht realisiert werden soll.

Landrat Kilian weist auf die Ergebnisse der interfraktionellen Arbeitsgruppe hin, die eine Realisierung im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ favorisiert hat. Die Protokolle der Sitzungen der Arbeitsgruppe sind dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

Nach einer intensiven Aussprache, an der sich über die oben Genannten hinaus die Abg. Rossow, Stolpp, Heckel, Kessner und Güttler beteiligen, wird über den Antrag der SPD-Fraktion vom 24. Januar 2020 mit den oben aufgeführten Ergänzungen abgestimmt. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie erarbeiten zu lassen zu folgenden Punkten:
 - Realisierung des Moduls 1 (Drucksache X/1014, II. Sachverhalt) sowie Schaffung von 30 weiteren Büroarbeitsplätzen (Ziff. 2.2 des Beschlussvorschlages) auf der südöstlich an den Bauteil 1 des Kreishauses angrenzenden oberen Parkfläche, wobei die Notwendigkeit der zusätzlichen Arbeitsplätze begleitend zur Machbarkeitsstudie zu untersuchen ist.
 - Schaffung von Stellplätzen im erforderlichen Umfang durch den Bau eines Parkdecks im Bereich der derzeitigen südöstlich des Kreishauses gelegenen Parkplätze. In diesem Zusammenhang ist nochmals mit der Stadt Bad Schwalbach bezüglich des Erwerbs des Grundstückes der ehemaligen Skaterbahn zu verhandeln.
 - Verbreiterung der Zufahrt entlang Bauteil 1 des Kreishauses zur Erleichterung des Begegnungsverkehrs sowie zum Schutz von Besuchern (Fußgängern) des Kreishauses.
2. Der Kreisausschuss wird ferner beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Bad Schwalbach alternative Standorte für den Neubau einer Rettungswache im Bereich der Kernstadt zu untersuchen, sofern eine Realisierung auf dem Kreisgelände nicht möglich ist.
3. Die Errichtung des Kreistags-Sitzungssaales mit Nebenräumen und Stellplätzen (Ziff. 2.3 des Beschlussvorschlages) wird nicht weiterverfolgt.
4. Für eine Realisierung der Module 2 und 4 sieht der Kreistag -auch angesichts der Finanzsituation des Kreises- derzeit keinen Handlungsbedarf. Hier sollte die derzeit geübte Praxis der dezentralen Unterbringung der Einheiten bei den örtlichen Feuerwehren beibehalten werden.
5. Bis zur Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind die Flächen im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ weiter zu reservieren.

Beschluss:

Zudem wird folgender Beschluss gefasst:

Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen, ob die Fläche des Indoorspielplatzes im Heimbachtal zum Verkauf steht und für eine Realisierung des Gefahrenabwehrzentrums in Frage käme. Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung darüber zu berichten.

Diesem Beschluss wird einstimmig zugestimmt, bei einer Enthaltung.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP 9. DS X/1135 Sachstandsbericht Neubauplanungen im Bereich Ober der Hardt, Bad Schwalbach

siehe TOP 8

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS X/1179 Gerichtliche Durchsetzung des Anspruches aus § 22 Abs. 4, Satz 1, Verpackungsgesetz (VerpackG)

Landrat Kilian, KB Ottes und Herr Heil erläutern die DS X/1179. Da der Gesetzgeber die rechtliche Möglichkeit zweier Abrechnungssysteme für Papier, Pappe und Kartons (nach Masse oder nach Volumen) aufmacht, von denen eines mit erheblichen Nachteilen für die öffentlich-rechtlichen Entsorger verbunden ist, soll gerichtlich geklärt werden, welches Abrechnungssystem anzuwenden ist. Der Versuch der gütlichen Einigung mit Interseroh ist gescheitert. Öffentlich-rechtliche Entsorger in anderen Landkreisen sind derzeit noch nicht zur Klage bereit.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Rossow, Güttler, Wieczorek, Metternich, Stolpp, Hoffmann und Pörtner. Die Ausschussmitglieder gehen davon aus, dass es in dem Verfahren nicht bei einer erstinstanzlichen Entscheidung bleibt.

Über die DS X/1179 wird abgestimmt. Der DS wird einstimmig bei sechs Ja-Stimmen und Enthaltungen der verbleibenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Die Klage zur Durchsetzung einer angemessenen Zahlung für die Mitbenutzung des Sammelsystems des EAW und des AVR ist als allgemeine Leistungsklage beim Verwaltungsgericht Wiesbaden einzureichen. Mit der Klage wird der Antrag erhoben, die dualen Systeme zum Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung nach dem Verpackungsgesetz zu verpflichten.

TOP 11. DS X/1203 Einführung eines kostenfreien Job-Tickets - Variante Premium - für alle Beschäftigten und Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises, Freigabe der Mittel durch den Haupt- und Finanzausschuss und Beauftragung der Verwaltung mit dem Vertragsabschluss und der Vertragsumsetzung

siehe TOP 7

TOP 12. DS Mitteilung aus der RTV-Gesellschafterversammlung

KB Döring berichtet aus der RTV-Gesellschafterversammlung. Die Umsetzung von Verbesserungen des Busverkehrs, die von den Schülern im Rahmen des Wettbewerbs Klasse Klima-Fridays For Future im RTK vorgeschlagen wurden, wurde geprüft. Er werden Maßnahmen in drei Bereichen ergriffen:

1. Anfahrt von Idstein zur ersten Stunde
2. Abfahrt von Eltville nach der 7. und 8. Stunde
3. Verbesserungen auf der Linie 245 (Taunusstein, Hohenstein, Aarbergen).

Eine Beschreibung der Maßnahmen enthält die **Anlage 5** zu dieser Niederschrift. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 125.000 € p.a..

Abg. Rossow fragt an, ob eine Entscheidung darüber getroffen wurde, ob Fraktionen, die nicht in der Gesellschafterversammlung vertreten sind, an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen können. KB Döring sagt zu, Landrat Kilian darum zu bitten, Abg. Rossow über die Entscheidung zu informieren.

TOP 13. DS Verschiedenes

Abg. Schmelzeisen bittet darum, im nächsten Bericht des Landrates zum Kreistag über den Sachstand des Breitbandausbaus im Kreisgebiet zu berichten. Nach seiner Kenntnis gibt es Verzögerungen. Diese Verzögerungen sollen aufgezeigt und die Gründe benannt werden.

Frau Grein informiert über die derzeit laufende Online-Bürgerbeteiligung zum Mobilitätskonzept, die unter www.zusammen-zukunft.de zu erreichen ist.

Der Ausschussvorsitzende Weimann dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Bad Schwalbach, 29. Januar 2020

(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

(Yvonne Grein)
Schriftführerin